Muster einer Kündigungsschutzklage

An das

Arbeitsgericht [*Ort des Arbeitsgerichts*]

[*Anschrift des Arbeitsgerichts*]

Klage

In dem Rechtsstreit

[*Eigenen Namen und Adresse*]

– Klagepartei –

gegen

[*Namen und Adresse des Arbeitgebers*]

– Beklagte –

wegen: Kündigung

erhebe ich Klage und werde beantragen:

1. Es wird festgestellt, dass das Arbeitsverhältnis der Parteien durch die Kündigung der Beklagten vom [*Datum auf dem Kündigungsschreiben*] nicht aufgelöst ist.

2. Es wird festgestellt, dass das Arbeitsverhältnis auch nicht durch andere Beendigungstatbestände endet, sondern auf unbestimmte Zeit fortbesteht.

3. Im Falle des Obsiegens mit dem Antrag zu 1. und/oder zu 2. wird die Beklagte verurteilt, mich bis zum rechtskräftigen Abschluss des Kündigungsschutzverfahrens zu

unveränderten arbeitsvertraglichen Bedingungen als [*Tätigkeitsbezeichnung*] weiter zu beschäftigen.

Begründung:

Ich bin am [*Geburtsdatum*] geboren, [*Familienstand*] und [*Anzahl*] Personen gegenüber zum Unterhalt verpflichtet. Seit dem [*Datum der Arbeitsaufnahme*] bin ich bei der Beklagten als [*Tätigkeitsbezeichnung*] beschäftigt, zuletzt mit einem monatlichen Bruttoentgelt von [*Betrag*] Euro bei einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von [*Anzahl*] Stunden.

Das Arbeitsverhältnis besteht seit mehr als sechs Monaten (§ 1 Abs. 1 KSchG). Die Beklagte beschäftigt regelmäßig mehr als zehn Arbeitnehmer ausschließlich der Auszubildenden (§ 23 Abs. 1 KSchG). Das Kündigungsschutzgesetz findet daher Anwendung.

Mit Schreiben vom [*Datum auf dem Kündigungsschreiben*], das mir am [*Datum des Zugangs*] zugegangen ist, kündigte die Beklagte das Arbeitsverhältnis zum [*Beendigungsdatum laut Kündigung*]. Eine Kopie des Kündigungsschreibens und des Arbeitsvertrags füge ich bei.

Die Kündigung ist sozial ungerechtfertigt und daher unwirksam. Es liegen keine Gründe in meinem Verhalten oder in meiner Person vor. Ebenso wenig ist die Kündigung durch dringende betriebliche Erfordernisse bedingt. Sofern die Beklagte betriebsbedingte Gründe geltend macht, wird die ordnungsgemäße Durchführung der Sozialauswahl bestritten. Die Beklagte wird aufgefordert, die Gründe der Sozialauswahl mitzuteilen und dabei Namen und Sozialdaten der vergleichbaren Arbeitnehmer zu nennen.

[*Nur wenn im Betrieb ein Betriebsrat besteht:*] Eine ordnungsgemäße Anhörung des Betriebsrats wird mit Nichtwissen bestritten.

Der Klageantrag zu 2. ist ein selbstständiger allgemeiner Feststellungsantrag nach § 256 ZPO. Weitere Beendigungstatbestände sind mir derzeit nicht bekannt. Es besteht

aber die Gefahr, dass die Beklagte während des Rechtsstreits weitere Kündigungen ausspricht. Mit dem Antrag zu 2. wird deshalb die Feststellung begehrt, dass das Arbeitsverhältnis auch durch solche weiteren Kündigungen nicht beendet wird.

Bei Obsiegen mit dem Kündigungsschutzantrag habe ich einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung auch nach Ablauf der Kündigungsfrist (BAG, Großer Senat, Beschluss vom 27. Februar 1985, GS 1/84).

Zugleich mache ich hiermit die durch die Kündigung bedrohten und regelmäßig fällig werdenden Ansprüche geltend. Sollte das Verfahren über das Jahresende hinaus andauern, begehre ich bereits jetzt die Übertragung meines (Rest-)Urlaubs in das Folgejahr.

Mit freundlichen Grüßen

_____,_____

(Ort, Datum)

_____

(Unterschrift)

Hinweise zum Ausfüllen (vor dem Absenden löschen)

Frist: Die Klage muss innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung beim Arbeitsgericht eingehen (§ 4 KSchG). Maßgeblich ist der Eingang beim Gericht, nicht das Datum der Absendung.

Zuständigkeit: Zuständig ist in der Regel das Arbeitsgericht am Sitz des Arbeitgebers oder am gewöhnlichen Arbeitsort.

Einreichen: Die Klage unterschrieben in zweifacher Ausfertigung einreichen, ein Exemplar ist für die Beklagte bestimmt. Kopien von Kündigungsschreiben und Arbeitsvertrag beilegen.

Kleinbetrieb oder erste sechs Monate: Gilt das Kündigungsschutzgesetz nicht, den Absatz zur Anwendbarkeit und zur sozialen Rechtfertigung anpassen. Die Klage ist trotzdem fristgerecht zu erheben, wenn etwa Formfehler oder Sonderkündigungsschutz in Betracht kommen.

Alternative: Die Rechtsantragsstelle des Arbeitsgerichts nimmt die Klage kostenlos auf.

Dieses Muster ersetzt keine Rechtsberatung. Es deckt den Regelfall einer ordentlichen Kündigung ab und muss an den Einzelfall angepasst werden.